

Sicherheit / militärische Lage

Aktuelles. Risiken. Handlungsoptionen.

13. Mai 2022

Aktuelles

- Der russische Angriffskrieg bedroht die Existenz der Ukraine. Der ukrainische Widerstand ist ungebrochen. Die russischen Truppen konzentrieren sich weiterhin auf den Osten und Süden der Ukraine und setzen dabei die Bombardierung der Zivilbevölkerung fort, verüben Kriegsverbrechen und zerstören systematisch die Infrastruktur der Ukraine. Eine diplomatische Lösung zeichnet sich nicht ab. Die Humanitäre Notlage verschärft sich, über 10 Millionen Menschen sind auf der Flucht.
- Der Krieg hat sich zu einem „dynamischen Stellungskrieg“ entwickelt. In den besetzten Gebieten wird der Rubel eingeführt, das ukrainische Fernsehen abgeschaltet, Russisch als Hauptsprache eingeführt. Jedoch kontrolliert Russland heute weniger Territorium in der Ukraine als vor anderthalb Monaten, es wurde aus Gebieten um Charkiw verdrängt und musste hohe Verluste hinnehmen, wie die Versenkung der Moskova, des Flaggschiffs der Schwarzmeerflotte, sowie die Zerstörung weiterer Seestreitkräfte vor der im Februar eroberten strategisch wichtigen Schlangeninsel.
- In seiner Rede zum Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg hat Putin weder eine Generalmobilmachung noch andere Formen der Eskalation angekündigt. Er hat die klassischen Narrative wiederholt, dass Russland sich gegen die Aggression der NATO verteidigen müsste und es ein Kampf gegen ein faschistisches Regime in der Ukraine sei.
- Die finnische Regierung hat sich am 12. Mai für den "unverzöglichen" Beitritt ihres Landes zur Nato ausgesprochen. Sie hat sich hierbei eng mit der schwedischen Regierung abgestimmt, die plant den gleichen Schritt zu machen. Zu erwarten ist, dass beide Staaten in den nächsten Tagen die Aufnahme in die NATO beantragen werden. Die NATO hat bereits breite Unterstützung signalisiert.
- Die Bundeswehr hat diese Woche mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten an der Panzerhaubitze 2000 begonnen. Für die geplanten deutsch-niederländische Waffenlieferung werden laut BMVg etwa 100 Personen (Soldaten, Techniker) trainiert.
- Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie haben der Bundesregierung direkt nach dem Angriff auf die Ukraine angeboten, flexibel und so schnell wie möglich auf die sich stellenden Ausrüstungs-Herausforderungen zu reagieren. Dafür müssen jedoch Bestellungen eingehen, was bislang aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung abgelehnt wurde. Die Exportanträge für Marder Schützenpanzer und den Kampfpanzer Leopard 1 wurden immer noch nicht genehmigt.
- Rasche Entscheidungen sind notwendig, denn gerade in dieser Phase des Krieges bildet die militärische Unterstützung die zweite, entscheidende Säule neben den Sanktionspaketen und Embargos bei der Reaktion auf die russische Aggression.

Risiken

- Sparmaßnahmen, umständliche und langwierige Prozesse von Vergabe und Beschaffung in mindestens den letzten 20 Jahren haben dazu geführt, dass die Bundeswehr für den Ernstfall nicht vollständig einsatzbereit ist (s.o.). Seit dem 24. Februar 2022 muss dieser Ernstfall erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte als realistisches Szenario in Erwägung gezogen werden.
- Die fehlende strategische Linie der Bundesregierung, unklare Außenkommunikation, die Diskussionen um die begrenzten Bestände der Bundeswehr sowie die selbst im Angesicht eines Krieges in Europa schleppenden Prozesse von Beschaffungs- und Exportverfahren haben die Ankündigung einer Zeitenwende ad absurdum und bei der ukrainischen Regierung und Deutschlands internationalen Partnern für Verwunderung geführt. Das betrifft insbesondere die Lieferung von schwerem Gerät und die Diskussion über verschiedene Listen von verfügbarem und angefordertem Material.
- Durch Vorhaben auf nationaler und europäischer Ebene (Rüstungsexportkontrollgesetz, Einstufung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als *socially harmful* im Rahmen der europäischen Taxonomie) werden die Unternehmen in ihren Anstrengungen um rasche Beschaffungsleistungen behindert. Banken und Finanzinstitutionen erheben selbst in der aktuellen Situation Vorbehalte bei der Finanzierung; dringend benötigte Rohstoffe und Vormaterialien werden nicht geliefert mit dem Hinweis, eine Kooperation mit Rüstungsunternehmen sei geschäftsschädigend.
- Europa hat seinen unabhängigen Zugang ins All verloren: Russland hat am 26. Februar 2022 die Zusammenarbeit in der Raumfahrt mit Europa und der European Space Agency (ESA) in weiten Teilen aufgekündigt. Europäische und amerikanische Raketen nutzen zudem Komponenten aus ukrainischer bzw. russischer Produktion, Starts mit Sojus- und Vega-Raketen entfallen daher auf unbestimmte Zeit. Gleichzeitig stehen auch weniger US-Transportkapazitäten als Alternative zur Verfügung. Sollte Russland im Rahmen seines Krieges gegen die Ukraine europäische Satelliten wie die Galileo-Satelliten hacken, stören oder abschießen, kann Europa nicht reagieren.
- Bei der täglichen Nachrichtenflut ist es für Unternehmen eine Herausforderung, ein konsolidiertes Lagebild zu erstellen, das dabei hilft Mitarbeiter und Standorte im In- und Ausland zu schützen.

Handlungsoptionen

Kurzfristig

- Die Bundesregierung reagiert mehr, als dass sie agiert: Sie bewegt sich vorrangig dann, wenn der Druck von außen massiv ist. Gemessen an politischer und wirtschaftlicher Stärke sollte Deutschland strategisch vorausschauend, nach innen und außen klar kommunizierend, proaktiv handeln.
- Nach der Ankündigung, Gepard Flugabwehrpanzer in die Ukraine zu liefern, gibt es keinerlei Argumente mehr, die gegen die Lieferung von Marder Schützenpanzern und Kampfpanzer Leopard 1 spricht. Die Bundesregierung sollte den Export der Systeme schnellstmöglich genehmigen. Sie werden in der aktuellen Situation dringend benötigt.
- Zur Stärkung der Resilienz von Unternehmen gegenüber Sicherheitsrisiken gerade in kritischen Industrie- und Infrastrukturbereichen bedarf es des umgehenden Aufbaus sicherer Kommunikationskanäle zwischen Unternehmen und Sicherheitsbehörden. Deren Berichte über Risiken, Bedrohungen und Lageentwicklungen müssen unbürokratisch und zeitnah zur Verfügung gestellt und der beidseitige Informationsfluss und Austausch vereinfacht werden.
- Der Modus des *business as usual* muss schnellstmöglich zugunsten von am Ernstfall ausgerichteten *Fast Track* Lösungen aufgegeben werden; eine Überarbeitung und Flexibilisierung des Vergaberechts sind dringend erforderlich

- Die Unterstützungsleistungen der Industrie zur schnellen Herstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr bedürfen einer deutlichen politischen Flankierung der Bundesregierung: Die Ausgrenzung von Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie aus den Geschäftsportfolios des Finanz- und Versicherungssektors ist generell, aber speziell in der derzeitigen Lage, nicht angemessen. Gleiches gilt für Zuliefer-Unternehmen, die eine Belieferung der Branche mit Rohstoffen und Vormaterialien auch aktuell per se ablehnen. Generell braucht es ein Update und eine Neuausrichtung der nationalen Rohstoffstrategie.
- Der BDI legt der Bundesregierung in seiner Stellungnahme nahe, die Arbeiten am Rüstungsexportkontrollgesetz auszusetzen. Die Unternehmen benötigen jetzt alle Ressourcen für die von der Bundesregierung geforderte Lieferung von Material und Expertise zur Unterstützung der Ukraine und der Herstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Der Austausch mit dem BMWK zur Erarbeitung des Gesetzes wurde indes begonnen, der BDI und seine Mitgliedverbnde bringen sich konstruktiv in den Prozess ein.
- Europa und die Bundesregierung müssen jetzt handeln, um den unabhängigen Zugang zum Weltall zu gewährleisten. Insbesondere Deutschland ist hier in der Verantwortung, weil es über das in Europa führende NewSpace-Ökosystem verfügt und zudem gesamtwirtschaftlich am stärksten vom Ausfall der Infrastruktur im All betroffen wäre. Notwendig ist eine deutliche und nachhaltige Erhöhung des nationalen Raumfahrt-Programms, eine Unterstützung der kommerziellen Microlauncher und eine Bereitstellung von Startpltzen in EU-Kontinentaleuropa. Die privatwirtschaftliche Initiative für eine europäische Startplattform in der Nordsee war nie relevanter als heute.

Langfristig

Die bestehende Sicherheitsordnung ist durch den Angriffskrieg in der Mitte Europas erheblich geführt. Deutschland muss sich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaute werte- und vlkerrechtsbasierte Staatenordnung zu erhalten oder aber neu mitzugestalten. Globale und nationale Sicherheit kann nur in einem umfassenden Ansatz hergestellt werden – und immer nur im Zusammenspiel mit unseren europäischen Partnern, Freunden und Alliierten weltweit.

- **Militärisch:** Die Neuordnung des gesamten Auftrags- bzw. Beschaffungswesens muss langfristig und nachhaltig angegangen werden. Im Zentrum dabei müssen schlanke und agile Prozesse stehen, die gleichzeitig Flexibilität aber auch Planungssicherheit für Industrie und Politik bieten.
- **Zivil:** Zivile und militärische Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille. Bevölkerungsschutz, der Schutz von kritischen Infrastrukturen sowie Wirtschaftsschutz generell müssen ausgebaut werden. Für einen Katastrophen- und Kriegsfall ist Deutschland derzeit nicht gewappnet. Eine engere Zusammenarbeit von Unternehmen und Behörden auf Bund- und Länderebene ist hierfür elementar.
- **Technologisch:** Sicherheit hat viele Dimensionen. Deutschland kann und muss hier mehr leisten. Zukunftstechnologien made in Germany spielen dabei eine bedeutende Rolle, sowohl für den zivilen Bereich (u. a. Elektronik, künstliche Intelligenz, Informations- und Kommunikationstechnologien) als auch für den militärischen Sektor. Schlüsseltechnologien u. a. der Raumfahrttechnik, Kryptotechnik, Sensorik und Aufklärung können einen hohen Mehrwert für unsere Bündnisse entfalten.
- **Gesellschaftlich:** Der Wert von Sicherheit bedarf einer gesellschaftlichen Verankerung. Wehrhaftigkeit ist Bedingung dafür, Sicherheit zu gewährleisten und politische Ziele international zu erreichen. Wehrhaftigkeit einer wertebasierten Demokratie beginnt dabei nicht erst bei den Verteidigungsausgaben. Sie beginnt in gesellschaftlicher Resilienz, in gesellschaftspolitischen Diskussionen, im Bildungssektor, sie betrifft Risiken im Cyber- und Informationsraum genauso wie in der physischen Welt.